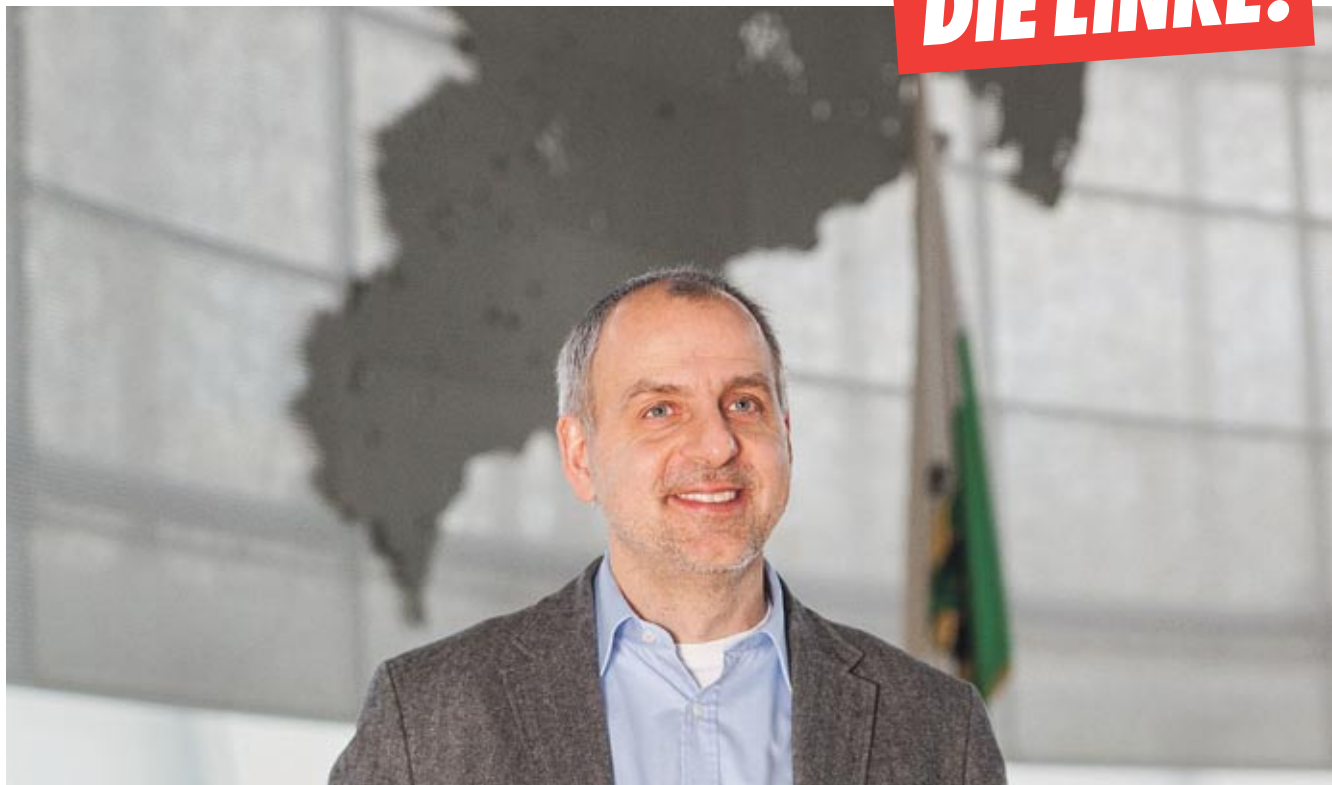


Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik. Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen. Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.
Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Ärzt mangel im Landkreis

Zur Situation und zu Lösungsmöglichkeiten lesen Sie mehr auf **Seite 3**

Kommunal финанzen

Was die Kommunen brauchen, ist eine ausreichende Finanzierung! **Seite 4**



Vier für den Landkreis

Unsere Direktkandidierenden stellen sich voraus auf **Seiten 4-5**

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten. Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen. Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind. Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohen neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsparn ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.

Wohin am Wochenende? Hoffentlich nicht zum Kinderarzt

Im Landkreis fehlt am Wochenende der Kinderarzt. Ein etwas anderer Erlebnisbericht

Sonntagmorgen, die Familie freut sich auf das gemeinsame Frühstück. Doch kurz nach dem Aufstehen wird klar, daraus wird nichts, denn ein Kind ist krank. Was tun? Die Kinderärztin vor Ort hat leider nur unter der Woche Sprechstunde. Also wird es der Besuch in einem Krankenhaus werden. Die Fahrt ins nächstgelegene Krankenhaus nach Dippoldiswalde kann man sich sparen, denn dort gibt es, wie im gesamten Raum zwischen Bannewitz und Altenberg, keinen Kinderarzt, der an Wochenenden oder Feiertagen Sprechzeit hat. Man hat also die »freie Arztwahl« – Freital, Pirna oder gleich Dresden. Auf jeden Fall eine halbe Stunde Fahrzeit oder mehr. Mit einem kranken Kind ist dies kein Vergnügen. Es muss doch möglich sein, dass in jedem Krankenhaus auch ein Kinderarzt an Wochenenden oder Feiertagen Dienst hat. Ärztliche Versorgung, gerade im ländlichen Raum, gehört zur Daseinsfürsorge und darf nicht aus Kostengründen dem Rotstift zum Opfer fallen.

»Bloß nicht krankwerden!« gilt auch für ältere Menschen im Landkreis.

Ein Montagabend im Dorfgemeinschaftshaus in Kesselsdorf. Wie jeden ersten Montag im Monat trifft sich der Ortschaftsrat zu seiner regulären Beratung. Wie jedes Mal sind wieder zahlreiche Gäste da. Zur Einwohnerfragestunde wird



Marco Mätze und Verena Meiwald bei der Kunstaktion »Krankes System«, die auf die Mängel im Gesundheitswesen aufmerksam macht

zum wiederholten Mal die mangelnde ärztliche Versorgung in Kesselsdorf angesprochen. Mehrfach schon hab ich das ins Protokoll geschrieben. Die Stadtverwaltung hat daraufhin auch die Kassenärztliche Vereinigung angeschrieben und eine Unterstützung durch die Stadt zugesagt. Doch es passiert nichts. Also kommt es zunächst erneut ins Protokoll und in den Landtag. Im gesamten Stadtgebiet Wilsdruff gibt es für 13 700 Einwohner ganze sechs Hausärzte, davon einen halben in Kessels-

dorf. Auch in Freital teilen sich 40 000 Einwohner nur 17 Allgemeinmediziner. Die Wartezimmer sind übertoll, neue Patienten können nicht aufgenommen werden. Für kranke Menschen bedeutet dies lange Wartezeiten oder weitere Wege zu einer anderen, vielleicht noch nicht so übertollen Arztpraxis. Vor allem für ältere Menschen auf dem Land ist das eine Zumutung. Aber auch die Mediziner kommen da schnell an ihre Grenzen und haben darüber hinaus kaum Zeit für ihre Patienten. Zu Recht fordern die Einwohnerinnen und

Einwohner hier die Unterstützung durch die Politik. Wir werden ihnen diese Unterstützung geben. Neben Anreizen für Allgemeinmediziner, Arztpraxen auf dem flachen Land zu übernehmen oder sich niederzulassen, muss auch von Seiten der Kassenärztlichen Vereinigung Unterstützung kommen. Und wir werden dem Ärztemangel durch mobile Arztpraxen, die Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung medizinischer Versorgungszentren und weitergehende Konzeptentwicklung entgegenwirken.

Schule muss da stattfinden, wo die Schüler sind

Im Sächsischen Schulgesetz ist festgelegt, dass für die Schulnetzplanung die Landkreise zuständig sind. Dabei ist es von großer Bedeutung, dass Schule dort stattfindet, wo auch die Schülerinnen und Schüler zu finden sind. Dies kann vor Ort am besten eingeschätzt werden. Nachdem im Freistaat Sachsen in der Vergangenheit Schulschließungen auf der Tagesordnung standen, geht es jetzt auch in unserem Landkreis um Neubau. Schülerinnen und Schüler für ganze drei 5. Klassen brauchen ab dem kommenden Schuljahr Platz in einem Gymnasium in Wilsdruff oder Umgebung. Umso unverständlicher war es, dass, aus welchen Gründen auch immer, der Bau des Gymnasiums verhindert werden sollte. Mit keiner Silbe wurde an das Wohl der Kinder gedacht. Sowas macht wütend und trau-

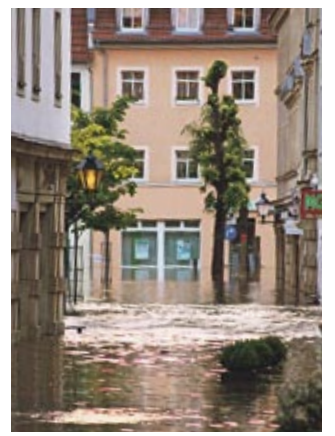
rig. Politik muss die Menschen im Blick haben, nicht Geld, Prestige oder Machtinteressen. Einen Sonderfall stellen die Berufsschulen dar. Hier ist laut Schulgesetz auch der Landkreis Träger der Schulnetzplanung. Die übermächtige Sogwirkung der Landeshauptstadt und die Nicht-Bereitschaft der Dresdener Rathauspitze, mit den umliegenden Landkreisen eine gemeinsame Lösung für den sinnvollen Fortbestand der Berufsschulstandorte im ländlichen Raum und in der Stadt zu finden, fordern geradezu dazu heraus, dass sich hier der Freistaat einmischet. Eine zentrale Koordinierung von Fachklassen und Berufsschulstandorten kann hier die Lösung sein. Die Probleme, die wir bei unserer Beratung im BSZ Freital mit Kammern und Landratsamt aufgezeigt haben, müssen im

Kultusministerium gehört werden. Die Frage, was aus den Berufsschulstandorten werden kann, die nicht mehr genutzt werden können, haben wir mit

dem Landratsamt in Dippoldiswalde diskutiert. Aber auch hier stehen zuerst die Menschen im Vordergrund. Das ist uns wichtig!



photo: case / iStockphoto.com



Hochwasser und wie weiter

»Der Hochwasserschutz ist eine Generationenaufgabe«, so der Landrat Michael Geisler bei einer Veranstaltung zum Hochwasser 2013 in Pirna. Ja, nach den verheerenden Verwüstungen 2002 hätten wir alle gedacht, dass wir noch etwas mehr Zeit haben, unsere Gemeinden entlang der Elbe und den zahlreichen Nebenflüssen zu schützen. Dieser Schutz ist keineswegs nur durch immer höhere Mauern zu realisieren. Der Freistaat hat sich von seiner eigenen Hochwasserstrategie verabschiedet und setzt vor allem auf technischen Hochwasserschutz. Viel wichtiger wäre es, der Natur wieder mehr Raum zu geben – dort, wo es möglich ist. Die Ablehnung der kommunalen Vorkaufsrechte im Wald-, Wasser- und Naturschutzrecht durch Schwarz-Gelb führte dazu, dass Flächen für den Hochwasserschutz oder



als Ausgleichsgebiete für neue Baugebiete schwieriger zur Verfügung gestellt werden können. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

Allein die Schäden der Stadt Pirna belaufen sich für 2002 auf 175 Millionen Euro und für 2013 auf 69 Millionen Euro. Zwischen den beiden Hochwassern liegen elf Jahre, in denen viel passiert ist, anscheinend aber noch nicht genug. Wir müssen schnell investieren, um nicht im Nachhinein wieder enorme Kosten zu tragen. Der Schutz der Bevölkerung muss bei häufiger werdenden Wettergroßereignissen zeitnah, aber gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden. Nur so erzeugen wir die nötige Akzeptanz bei den Menschen.



Flucht und Asyl sind keine Zufälle

Menschen kommen in unseren Landkreis auf der Suche nach Schutz, nach Sicherheit und nach einem besseren Leben. Sie tun dies, weil dies in ihren Herkunftsländern nicht mehr gegeben ist. Was würden Sie tun, wenn Sie sich und Ihre Familie nicht mehr ernähren könnten? Es ist verständlich, dass Menschen sich nicht mit dieser Lage abfinden wollen. Auch Deutschland trägt zu dieser Situation bei. Während Deutschland auf der ganzen Welt mit Waffen und Munition handelt, kämpft DIE LINKE konsequent gegen Waffenexporte. Damit werden tagtäglich Menschenrechte gebrochen, Kinder ermordet und tausendfaches Leid erzeugt – denn jede Waffe findet ihren Krieg. Die Folge von Krieg, Folter und Morden ist eben auch Flucht, auch zu uns.

Wenn diese Menschen hier ankommen, so warten in ganz Sachsen die verschiedensten Gegebenheiten. Die Zahl der Asylsuchenden war in den vergangenen Jahren so gering, dass sehr wenige Unterkünfte gebraucht wurden. Jetzt steigt die Zahl in Folge von Bürgerkriegen und Krisen wieder an. Unser Landkreis hat zwei Möglichkeiten, wir können Flüchtlinge in großen Gebäuden – zentral – unterbringen, oder wir bringen die Menschen dezentral in einzelnen Wohnungen unter. Letzteres ist für uns der bessere Weg, denn es ermöglicht ein normaleres, ein würdigeres Leben. Wenn ein Heim gekauft oder ausgebaut wird, fallen hohe Kosten an, egal wie viele Menschen darin leben. Wohnungen kann man indessen bei rückläufigen Asylsuchenden-Zahlen kündigen: für den Landkreis und damit die Bürgerinnen und Bürger der bessere Weg. Insgesamt bleibt aber die Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung der Landkreise durch den Freistaat, damit diese schwierige Aufgabe auch vernünftig geleistet werden kann.

Verena Meiwald: »Politische Ebenen sinnvoll verbinden«

Verena Meiwald wurde 1966 in Görlitz geboren und ist in der Oberlausitz aufgewachsen. Ihr Studium an der Pädagogischen Hochschule Dresden beendete sie 1989 als Diplomlehrerin. Zunächst im Schuldienst, später als Mitarbeiterin der PDS und einer Landtagsabgeordneten tätig, wurde sie 2009 Mitglied

des Sächsischen Landtages. Dort ist sie Sprecherin für Sport und Fördermittelpolitik. Aber auch kommunalpolitisch ist sie aktiv, ist in Wilsdruff Stadträtin, Mitglied im Kreistag, engagiert sich ehrenamtlich in der AG Demokratie sowie in ihrem Wohnort Kesselsdorf als Ortschaftsrätin und im Kulturverein.

»Mein Ziel ist es, alle politischen Ebenen sinnvoll miteinander zu verbinden«, sagt sie. »Ich stehe für die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport, Gesundheitswesen und Information, für längeres gemeinsames Lernen und Zivilcourage.«

Als Landes- und Kommunalpolitikerin setzt sie sich für die Belange der Menschen vor Ort ein, für mehr Sport- und Freizeitangebote für alle Generationen, für sinnvollen Fördermitteleinsatz und für mehr zivilgesellschaftliches Engagement.

Verena Meiwald ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. »In meiner Freizeit versuche ich, so viel Zeit wie möglich mit meiner Familie zu verbringen und, wenn es passt, Sport zu treiben«, sagt sie. Sie fährt Rad, Ski und geht wandern. Eine weitere Leidenschaft ist der Fußball. Bei Dynamo Dresden ist sie Vereinsmitglied.

Verena Meiwald kandidiert im

Wahlkreis 48 – Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge 1. »Der Wahlkreis, in dem wir leben, ist geprägt von toller Landschaft, dörflicher Idylle und städtischem Flair vom Tharandter Wald bis hin zu Wilsdruff und Freital«, meint Verena. »Kluge Stadt- und Regionalplanung, die unserer wachsenden Bevölkerung Rechnung trägt, wohlgeordnete Schulen und Kitas und eine flächendeckende ärztliche Versorgung stehen dabei auf der Tagesordnung.« Das will sie gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestalten und wieder im Landtag zur Sprache bringen.



Marco Mätze: »Möglichkeiten und Potentiale nutzen«

Marco Mätze ist täglich in der Region unterwegs und kennt die Probleme vor Ort: Die Wege zum Einkaufen und zum Arzt werden immer länger, Kitas haben zu große Gruppen, und der Unterricht an Schulen fällt mangels Lehrpersonals zum Teil ganz aus.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen. In jedem Ort leben viele engagierte Menschen, die sich in unterschiedlicher Weise einbringen. Dieses wirtschaftliche und auch sehr oft ehrenamtliche Engagement will er stärken, unterstützen und fördern. Denn, davon ist er überzeugt, nur mit allen gemeinsam

kann es gelingen, die Möglichkeiten und Potentiale des Osterzgebirges weiterzuentwickeln und nachhaltig zu nutzen.

Marco Mätze wurde 1978 in Dresden geboren und lebt seitdem im Osterzgebirge. Bis heute begeistert ihn die Landschaft und der Umgang der Menschen in der Region miteinander. Nach seiner Schulzeit an der Mittelschule in Dippoldiswalde absolvierte er eine Ausbildung zum Vermessungstechniker. Den anschließenden Zivildienst leistete er auf dem Bauhof der Gemeinde Höckendorf, bevor er für je ein Jahr bei Pro Jugend e.V. – Mobile

Jugendarbeit im Weißeritzkreis und dem LJBW e.V. als Mitarbeiter in der WaldErlebnisWerkstatt SYLVATICON im Forstbotanischen Garten Tharandt tätig war. Seit 2009 ist er Geschäftsführer der hiesigen Kreistagsfraktion der LINKEN. Im Jahr 2000 trat er in die damalige PDS ein. Seit 2009 ist er stellvertretender Kreisvorsitzender der Partei. Ehrenamtlich arbeitet er seit 2008 im Jugendhilfeausschuss sowie seit 2013 im Jobcenterbeirat des Landkreises. Bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr wurde er in den Kreistag und in den Stadt- sowie Ortschaftsrat von

Dippoldiswalde gewählt. In Dippoldiswalde lebt er mit seiner Frau und den drei Kindern. Zur Landtagswahl kandidiert er als Direktkandidat im Wahlkreis 49 – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 2.



Verlässliche Partner gesucht!



In unserer Region gibt es keine festen Jugendhäuser. Jugendliche organisieren sich ehrenamtlich in selbstverwalteten Jugendclubs. Die Kürzung der Jugendpauschale im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung im Jahr 2010 durch die Sächsische Staatsregierung traf die Jugendlichen doppelt hart.

Zum einen wurden die Zuschüsse für ihre Betriebskosten gestrichen, sodass diese jetzt von ihnen selbst erwirtschaftet werden müssen. Zum anderen fielen Personalstellen bei der Mobilen Jugendarbeit weg. Die Jugendlichen können jetzt nur

noch schwerpunktmäßig und nicht mehr flächendeckend betreut werden. Für präventive niederschwellige Angebote fehlt das Geld.

Wir sind der Meinung, dass Jugendarbeit stärker und verlässlicher unterstützt und finanziert werden muss.

Gerade junge Menschen benötigen beim »Erwachsenwerden« professionelle und verlässliche Partnerinnen und Partner. Jugendarbeit muss ausreichend ausgestattet und langfristig gesichert sein. Reine Projektförderung entspricht diesem Anspruch in keiner Weise.

Heinz Pingel: »15 Jahre kommunalpolitische Erfahrung für den Landtag«

Heinz Pingel kandidiert im Wahlkreis 50 – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 3 als Direktkandidat für den Landtag. Seit 15

Jahren engagiert er sich kommunalpolitisch, wurde 1999 in den Stadtrat, später in den Kreistag gewählt. »Zu meinen Erfah-

rungen, die ich sammeln konnte, gehört, dass man klare Ziele haben muss. Diese zu erfüllen, geht aber nur, wenn man Partner für gemeinsame Schritte in diese Richtung findet«, sagt er. Die Diskussion mit möglichen Partnern vergrößere nicht nur die Chancen für eine Mehrheit für Vorschläge, sondern qualifizierte diese auch.

Heinz Pingel hat als Diplom-Lehrer Mathematik und Physik und als Hochschullehrer pädagogische Psychologie unterrichtet. In den 1990er Jahren wirkte er an der Ausbildung von Sozialpädagogen mit. Seit 2002 ist er Schatzmeister der LINKEN in Sachsen und weiß daher um die Bedeutung stabiler Finanzen. Er ist aber auch überzeugt, dass formale Kriterien der Haushaltsführung nicht der erste Grund für politische Entscheidungen sein dürfen. »Besonders paradox wird es, wenn die Landeszuweisungen an die Kommunen gering gehalten werden. Angeblich, um keine Neuverschuldung zuzulassen. In Wirklichkeit zwingt man damit die Kommunen, Darlehen aufzunehmen oder Kassenkredite auszuschöpfen, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.« Gerade der Einsatz für die In-

teressen der Bürger vor Ort sei auch immer durch eine Auseinandersetzung mit den Entscheidungen der Landesebene geprägt. Dabei spielen die Finanzentscheidungen eine besondere Rolle. Deshalb, meint er, müsse linke Politik sich dafür einsetzen, dass in der vom Wettbewerb geprägten Gesellschaft diejenigen gefördert werden, die besonders benachteiligt sind. Schon als Lehrer hat er deshalb besondere Begabungen gefördert, aber auch Wert darauf gelegt, denen zu helfen, denen es besonders schwer fiel. »Es ist gerade bei Kindern offensichtlich, dass sie oft völlig unverschuldet in ihrer Persönlichkeitsentfaltung beeinträchtigt werden«, sagt Heinz. Auch deshalb engagiert er sich seit Jahren im Kinderschutzbund.



Umverteilen bei Kommunal финанzen

Immer mehr Kommunen leiden unter Finanznot. Darunter wiederum leidet die Demokratie, weil es nichts mehr zu entscheiden gibt, das nicht zwingend erledigt werden muss. Und selbst die sogenannten Pflichtaufgaben, etwa steigende Aufwendungen für Jugendschutz oder für Grundsicherung im Alter können nur mit höheren Kreisumlagen, die die Städte und Gemeinden zu zahlen haben, oder mit neuen Schulden bezahlt werden.

Die Wege der Umverteilung sind vielfältig: direkte Kürzungen wie bei der Jugendpauschale einerseits oder etwa Schulschließungen mit Einsparungen bei den Bildungsausgaben des Landes, aber höheren Ausgaben für die Schülerbeförderung, worauf die meisten Landkreise mit höheren Elternbeiträgen reagieren. Eine angemessene Finanzausstattung scheidet auch, wenn Bund und Land mit Verweis auf ein Verbot der Neuverschuldung den Kommunen zu wenig Mittel zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben bereitstellen. Die Hauptursache der Finanznot der Kommunen ist die neoliberale Umverteilung von unten nach oben.

Wer Steuergeschenke an Milliardäre verteilt, wer die gesetzliche Rente zur Armutsfalle runterreformiert, wer Löhne kürzt und den Niedriglohnsektor fördert, der sorgt auch für klamme Gemeindekassen.

Insofern mag Kritik an manchen Ausgaben, wie etwa beim neuen Landratsamt in Pirna, berechtigt sein, eine nachhaltige Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Kommunen erfordert aber eine andere Politik auf Bundes- und Landesebene.

Lutz Richter: »Solidarität und Weltoffenheit«

Lutz Richter sitzt an der Basteibrücke und spricht gerne über seine Jugendzeit, die er auch hier verbracht hat. Er wuchs in Lohmen auf und lebt heute in Pirna. Auf die Bastei zieht es den heutigen Kreisvorsitzenden der LINKEN Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, wenn er Zeit braucht zum Nachdenken, über sich, über DIE LINKE, diese Region und diese Gesellschaft.

Noch vor einigen Jahren trat er als Einzelkämpfer in die Pedalen seines Rennrades und erkundete so diese wundervolle und atemberaubende Landschaft. Ob auf der Straße von Helmsdorf nach Stolpen, über den Ziegenrücken nach Waltersdorf, die lange Straße von Sebnitz über Lichtenhain, Mittelndorf und Altendorf nach Bad Schandau, von Lohmen hinauf zur Bastei und weiter zur »Rennstrecke« oder die romantischen Routen um Gohrisch, Rosenthal-Bielatal und Reinhardtsdorf-Schöna – es gibt sehr viel Schönes zu entdecken –, es gibt sehr viel, um das es sich zu kämpfen lohnt.

Als Kreisrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge setzt er sich heute für den Erhalt unserer Flora und Fauna ein. Er streitet aber auch

dafür, dass die Region lebenswert bleibt und den Menschen hier eine Perspektive geboten wird. Deshalb setzt er sich mit vielen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern auch für eine offenere und sozialere Gesellschaft ein. Dabei stehen Solidarität und Mitmenschlichkeit im Vordergrund, denn als demokratischer Sozialist steht Lutz Richter für eine Politik, die

niemanden zurücklässt und keinen Menschen ausgrenzt. Als sozialistischer Demokrat will er aber auch eine Gesellschaft, die ihre Menschen ernst nimmt, die hinhört, die die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen fragt. Lutz Richter will dafür auch im Sächsischen Landtag eintreten und kandidiert im Wahlkreis 51 – Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4.

Schon 2009 hat er im gleichen Wahlkreis kandidiert und ein gutes Ergebnis erzielt. Er steht auch auf der Landesliste der LINKEN. Bei einem guten Zweitstimmenergebnis könnte er so in den Sächsischen Landtag einziehen. Damit hätte die Sächsische Schweiz wieder eine starke Stimme für eine soziale, demokratische, friedliche und lebenswerte Gesellschaft.



Gregor Gysi kommt:

am 29. August 2014
19 Uhr auf den
Marktplatz Pirna
Programm ab 18 Uhr
Gewinnspiel und weitere
Informationen:
www.dielinke-soe.de
facebook.com/dielinkesoe

Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



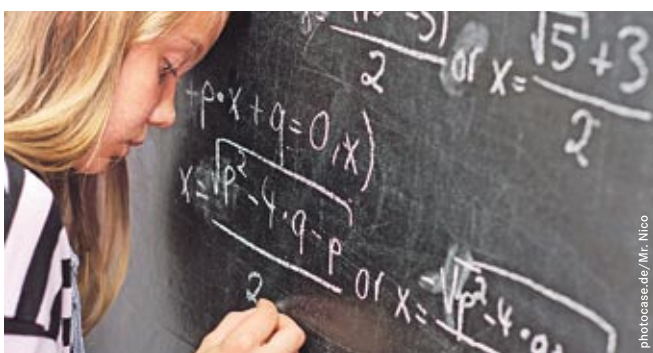
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika			Seeferle	2	8	1 5	14							
ind. Bundesstaat				5 1	3	4 8	Satz von Dingen							
gedankl. Gehalt	6			7	6 3	2 4								
Wildpflege		LINKE-Spitzenkandidat		3 4	2 5	8 7								
				8 2	4 7	3								
				8	4	3	Ausgang (engl.)							
				7 3	2	4								
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staatshausplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer	7	randlose Kopfbedeckung					
					asiat. Meerrettich Folge			8	4					
Redekunst	11					Handlung								
altord. Prosa					Schwimmvogel	Zahl	Tag (span.)		jap. Urbevölkerung					
Bruder d. Falmir					ital. Autor									
	5	Backmasse				Einfall			13					
Berliner Spitzname			Nischstadt	10										
Gattung									TROLL					
		Nebenfluss der Maas					jap. Friedensnobelpreisträger							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Auflage 45 000, Redaktionsschluss 26. Juni 2014 Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden Telefon: 03 51 / 85 32 70 www.dielinke-sachsen.de V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DIG / TRIALON Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH